

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Nichtigkeitserklärung zum Hitler-Stalin-Pakt

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Hitler-Stalin-Pakt samt all seinen Zusatzprotokollen von Anfang an für nichtig zu erklären.

Bonn, den 29. September 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Der Hitler-Stalin-Pakt war ein von Anfang an völkerrechtswidriger Vertrag zweier Verbrecher, die gemeinsam Osteuropa unter sich aufteilen wollten. Nachdem der polnische Sejm auf Initiative des Bürgerkomitees Solidarnosc in einer Erklärung der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß die „politischen Vertretungen jener Völker, in deren Namen – wenn auch ohne nach ihrer Meinung gefragt zu haben – dieser Pakt unterzeichnet wurde, diesen Pakt verurteilen und für von Anfang an juristisch ungültig erklären werden“, halten wir es für eine moralische Pflicht der Bundesregierung, diese offizielle Erklärung abzugeben.

Wir sind uns zugleich bewußt, daß die Geschichte in Europa nicht zurückgedreht werden kann. Es darf in Europa keine Grenzveränderungen und keine Vertreibungen mehr geben. In gesamteuropäischer Verantwortung müssen auf der Grundlage der KSZE-Schlußerklärung friedliche Lösungen der im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg entstandenen und bis heute nicht gelösten Probleme gefunden werden.

